

II-968 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
X.Gesetzgebungsperiode

10.1.1966

389/A.B.

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 326/J

des Bundesministers für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft P r o b s t  
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. v a n T o n g e l und Genossen,  
betreffend Zeitungsinserate in Wiener Tageszeitungen am 22.X.1965.

-.-.-.-

Auf die Anfrage des Abgeordneten Dr.van Tongel und Genossen vom  
25.Oktober 1965, Nr.326/J, betreffend Zeitungsinserate in Wiener Tages-  
zeitungen am 22.Oktober 1965, beehre ich mich mitzuteilen, dass die Kosten  
der erwähnten Zeitungsanzeigen nicht von mir persönlich getragen wurden.

Die Kosten dieser Anzeigen betrugen 107.004 S.

Das Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft hat -  
im Interesse einer Unterrichtung der Öffentlichkeit - den "offenen Brief"  
des Herrn Bundesministers Probst deshalb als Inserat veröffentlicht, weil  
bekannt wurde, dass auch ein Brief des Herrn Finanzministers in gleicher  
Weise zur Einschaltung gelangte. Dabei beschränkte sich das Bundesministerium  
für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft auf die Zeitungen "Kurier",  
"Express" und "Arbeiter-Zeitung", während das Finanzministerium darüber  
hinaus noch in einigen Bundesländerzeitungen inserierte.

Die Verwendung öffentlicher Mittel für einen solchen Zweck erscheint  
aber auch noch dadurch gerechtfertigt, dass der in dem "offenen Brief" be-  
handelte Gegenstand, die Österreichischen Bundesbahnen, derart umfangreich  
ist, dass eine kurze redaktionelle Notiz nicht ausreicht, um ihn in der  
Öffentlichkeit völlig klarzulegen. Als öffentlicher Verkehrsträger haben  
die Österreichischen Bundesbahnen aber Anspruch darauf, dass ihre Belange  
in der Öffentlichkeit richtig dargestellt werden, ebenso wie die Öffentlich-  
keit ein Recht darauf hat, klar und richtig informiert zu werden. Eine Dar-  
stellung grösseren Umfanges kann aber in den Tageszeitungen nur gegen  
Druckkostenbeiträge bzw. als Inserat untergebracht werden.

Es ist übrigens das Recht und die Pflicht jedes Ressorts bzw. des  
hiefür verantwortlichen Ressortschefs, den Standpunkt über die von ihm  
verwalteten Angelegenheiten der Republik Österreich in der Öffentlichkeit  
so ausführlich zu vertreten, dass diese in die Lage versetzt wird, sich  
auf demokratischem Wege, der allen Standpunkten Raum gibt, ihre Meinung  
zu bilden. Das geht auch daraus hervor, dass eine eigene Budgetpost  
"Informationsdienst" besteht, die den Ressortchef berechtigt, auch einen  
mit einer solchen Informationstätigkeit verbundenen Aufwand zu tätigen.

-.-.-.-